

| FB 1 | FB 2 | FB 3 | FB 4 | FB 5 |
|------|-----------------------------|------|------|------|
| 010 | Stadtratsfraktion Speyer | | | 040 |
| 020 | 0 7. SEP. 2015 | | | 050 |
| 030 | | | | 060 |
| | | | | |



Grüne Fraktion Eichenweg 13 a 67346 Speyer

Herrn
Oberbürgermeister
Hansjörg Eger
Maximilianstr. 100

67346 Speyer

per Email

Fraktion B'90/DIE GRÜNEN

Irmgard Münch-Weinmann
Fraktionsvorsitzende

Eichenweg 13a
Tel.: 06232 41031
irmgard.muench-weinmann@t-online.de

Speyer, 3. September '15

Anfrage zum Glyphosat-Einsatz in Speyer

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Stadtratssitzung zu nehmen:

Anfrage:

- Werden in Speyer von der Verwaltung und/oder von den kommunalen Gesellschaften glyphosathaltige Herbizide eingesetzt?
Falls ja:
 - o Welche Mengen werden verwendet?
 - o Auf welchen Flächen
 - o Wie häufig erfolgt der Einsatz?
- Wurden in den letzten 3 Jahren Anwendungen von der ADD genehmigt? Falls ja, wie viele?
- Welche alternativen Methoden haben sich am besten bewährt?

Begründung:

Die gesundheitsschädlichen Auswirkungen von Glyphosat verdichten sich. Verschiedene Rückmeldungen sind ernst zu nehmen:

- Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) geht davon aus, dass der in den Pflanzenschutzmitteln enthaltene Wirkstoff krebserregend ist.
- Rückstände des Wirkstoffs sind bereits in menschlichem Urin, in Futter- und Lebensmitteln sowie auch in rheinland-pfälzischen Gewässern nachgewiesen worden.
- Glyphosat in Muttermilch ist bei einer von der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vorgelegten Studie festgestellt worden.

Die Umweltministerin des Landes Ulrike Höfken(Bündnis 90/ Die Grünen) hat die ADD als rheinland-pfälzischen Pflanzenschutzdienst inzwischen angewiesen, keine Genehmigungen mehr für den Einsatz von Unkrautvernichtungsmitteln auf öffentlichen Freiflächen zu geben. Hier gilt ein Genehmigungsvorbehalt.

Unserer Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist es wichtig, dass im Interesse der Umwelt und der Gesundheit unserer EinwohnerInnen auch hier vor Ort entsprechend reagiert wird.

Überdies sind bei land-, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Flächen im öffentlichen und im privaten Bereich, die nicht unter dem Genehmigungsvorbehalt stehen, alternative Methoden öffentlich bekannt zu machen und eine entsprechende Aufklärung durchzuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Irmgard Münch-Weinmann
(Fraktionsvorsitzende)

Johannes Jaberg
(stellvertr. Fraktionsvorsitzender)